

## Christliche Werte und die Zukunft Europas

Andreas Khol

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union im Jahre 2000 und der Vertrag über eine Verfassung für Europa erklärten die Union zu einer Gemeinschaft auf der Grundlage gemeinsamer Werte. Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, die Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, die menschliche Person als Mittelpunkt ihres Handelns mit unveräußerlichen und unverletzlichen Rechten sind die zentralen Grundwerte, welche sich die Union „im Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes“ selbst gibt. Ähnlich dann auch die Präambel zum Verfassungsvertrag. Das Wort Christentum oder christlich wird man nicht finden. Auch im Vertragstext selbst findet sich ein Artikel über die Werte der Union, ein anderer über ihre Ziele. Frieden, Sicherheit, Soziale Marktwirtschaft, Nachhaltigkeit und Umweltschutz, Toleranz, Minderheitenschutz ergeben sich aus diesen – nicht in Kraft getretenen – Bestimmungen.

### Fehlende politische Identität

Diese Grundwerte finden sich ansatzweise und verstreut schon in früheren Vertragstexten. Eine politische Identität der Europäer, einen Europa-Patriotismus analog zum weiland deutschen Verfassungspatriotismus haben sie nicht bewirkt. Sie sind blutleere Rechtstexte in einem Wust von Texten geblieben, ähnlich den Proklamationen der UNO Weltpakete für Menschenrechte. Nun wissen wir aber aus der Soziologie, dass alle auf Volkssouveränität beruhenden Herrschaftsge-

bilde einer solchen legitimierenden politischen Identität bedürfen. Gemeinschaften wie die Europäische Union müssen von den gemeinsamen Überzeugungen von Millionen getragen sein. Davon ist keine Spur zu sehen. Hermann Lübke schleudert den Europäern in seiner Streitschrift *Abschied vom Superstaat – Vereinigte Staaten von Europa wird es nicht geben* im Jahre 1993 genau das Fehlen einer solchen politischen Identität, solcher gemeinsamer Überzeugungen entgegen. Er stellt die Frage: „Wie kann sich ein unionsbezogenes europäisches Teileinheitsbewusstsein überhaupt bilden?“ Seine Antwort: „Es wird sich über die pragmatische Evidenz der Lebensvorzüge der künftigen Europäischen Union oder gar nicht bilden“ (Berlin 1994, Seite 115).

Gerade diese Lebensvorzüge haben jedoch nicht zu diesem Bewusstsein geführt – im Gegenteil, die Europäer werden immer unzufriedener auf einem immer höheren Niveau. Wird sich eine politische Identität gar nicht bilden, wie Lübke meint?

Es stellt sich daher die provokante, paradox klingende Fragestellung: Geht es Europa schlecht, wenn es Europa und den Europäern gut geht? Im Sinne Lübkes würde sich eine politische Identität bilden, wenn es den Europäern gut geht, wenn die Lebensvorzüge der Union deutlich werden. Die zehn Jahre seit Lübkes Schrift ergaben aber genau das Gegenteil: immer mehr Lebensvorzüge, immer größere Unzufriedenheit. Eine andere Frage ist aber aus der Erfahrung der Jahre seit

1945 zu stellen, die gleichermaßen provokant und paradox erscheint: Muss es Europa schlecht gehen, damit es Europa besser geht? In anderen Worten: Müssen die Europäer Angst haben, um sich in der Einigung zu finden? Bedarf es der ständigen Herausforderungen, um die Einigung in den Europäern zu verankern? Können diese Herausforderungen die politische Identität Europas ersetzen?

Es ist unbestritten, dass die gewaltsame Besetzung des großen Teils Europas durch die nationalsozialistische Schreckens- und Gewaltherrschaft eine solche Herausforderung darstellte. Die Antwort der Welt war die Gründung der Vereinten Nationen, die Antwort Europas die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, in der Folge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Auf diesen Gründungen baute die Union auf. Mit dem Verblässen der Kriegsgräuel und dem vollendeten Wiederaufbau verbläste auch die Triebkraft dieser Bewegung. Die nächste Herausforderung war die Bedrohung Europas durch den Warschauer Pakt im Kalten Krieg zwischen Freiheit und real existierendem Sozialismus. Die Antwort Europas waren die Union und ihre Erweiterungen auf schließlich siebenundzwanzig Mitglieder. Mit dem Schwinden der Bedrohung erlahmte auch wieder der europäische Schwung, wir sind Zeitzeugen des Stillstands und der Gefahr des Rückschritts. Seit wenigen Monaten tut sich eine neue Herausforderung auf: Die weltweite Finanzmarktkrise bedroht unsere Soziale Marktwirtschaft, unser Wirtschaftssystem und damit unseren Wohlstand. Plötzlich werden vielen die Vorzüge der Wirtschafts- und Währungsunion bewusst, wird der Euro in einem neuen Licht gesehen, die Europäische Zentralbank als erfolgreiche Hüterin jener Interessen erlebt, die kein Land, nicht einmal die wirtschaftlichen Großmächte wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien, allein bewältigen

kann. Länder, die bisher den Euro ablehnten, bekommen plötzlich Sehnsucht wie Island oder Dänemark und insgeheim auch Schweden. Das Schicksal Ungarns, das nur durch internationale Milliardenhilfe vor dem Bankrott als Folge der internationalen Spekulation gegen seine Währung bewahrt werden konnte, ist vielen in die Knochen gefahren. Die Kritik wird vielleicht vorübergehend leiser werden – aber eben nur vorübergehend. Die großen Herausforderungen bringen Europa sicher weiter, können aber auch auf Dauer nicht jene politische Identität stiften, die nötig ist, um Europa zusammenzuhalten.

### Besinnung auf Grundwerte

Ernst Wolfgang Böckenförde hat schon sehr früh die Kehrseite der Säkularisation beleuchtet, als er 1967 in seinem Werk *Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation* die These aufstellte, die seither wieder und wieder bestätigt wurde: „Der moderne freiheitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann, ohne seine Freiheitlichkeit in Frage zu stellen.“ Diese grundlegende Erkenntnis ist inzwischen Allgemeinut geworden, und es ist fast banal, darauf hinzuweisen. Grundwerte kann nicht der Staat verordnen, politische Identitäten ebenso wenig. Das gilt für den Staat, aber auch für die Union. Es sind die Familie, das Leben in kleinen Gemeinschaften im gemeindlichen Zusammenhang, die Erfahrung am Arbeitsplatz, die freien Vereinigungen der Bürgergesellschaft und schließlich die religiösen Gemeinschaften und Kirchen, welche die Zubringer von Werten und Gesinnung sind. Sie entstehen in der Vielfalt der Gesellschaft, werden dort erfahren und von dort weitergegeben. Daraus ergibt sich von selbst, dass es auch für das Wohl Europas entscheidend darauf ankommt, dass diese Zubringer von Werten und Gesinnung erhalten bleiben. Fallen sie

aus, besteht die Gefahr der Leere oder der staatlichen Zwänge.

Im gesamteuropäischen Kontext ist der Aufbau einer Bürgergesellschaft daher ebenso wichtig wie in den neuen Mitgliedstaaten der Union nach dem Kahl-schlag des Kommunismus mit seinen Monopolansprüchen. Die gesamteuropäisch agierenden freien Vereinigungen erreichen den Einzelnen nur schwer, der Raum ist einfach zu groß, die gesamteuropäische Zusammenarbeit steckt in den Anfängen. Gewerkschaften, Arbeitnehmerverbände, Arbeitgeber, Bauernverbände und viele andere agieren natürlich in europäischen Zusammenschlüssen, sind aber vorwiegend oder ausschließlich als Interessenvertreter tätig. Die fehlende politische Identität Europas ist aber so eklatant, dass hier noch sehr viel zu tun ist. Das Problembewusstsein der Notwendigkeit dieses Europatriotismus steigt mit der allgemeinen Bürgerkritik an der Union, der Unlust zur Mitgestaltung Europas, wie sie beispielsweise bei den Wahlen zum Europäischen Parlament deutlich werden. Der nächste Schub kommt sicherlich in diesem Jahr, wenn die weiter gefallene Wahlbeteiligung die Europaernüchterung erneut augenfällig machen wird. In historischen Bezügen Denkende werden sich erneut die bange Frage stellen müssen: Wird die Union mangels politischer Identität wieder zerfallen, zurückfallen in eine Wirtschaftsgemeinschaft?

### Säkulare Sättigung

Die Stunde der Kirchen und Religionsgemeinschaften, in dieses Vakuum vorzudringen, hat schon lange geschlagen. Die Kirchen haben dies auch erkannt und ihren Beitrag geleistet. Ihre Hand zur Zusammenarbeit wurde aber ausgeschlagen. Wenn Jacques Delors, der Christgewerkschafter und katholische Sozialdemokrat, vor fast zwanzig Jahren forderte, Europa brauche eine Seele, so folgte

er dem Papst und legte den Finger auf die Wunde – es war die Zeit vor den euphorischen Erweiterungen, zuerst um die Neutralen, dann um die elf Reformdemokratien. Es war die Zeit, wo Delors als Kommissionspräsident den Stillstand der Integration durch sein Projekt des Europäischen Binnenmarktes auf der Ebene der Wirtschaftsunion beenden wollte und dann auch konnte. Er spürte sehr genau, dass die spirituelle Ermüdung des Kontinentes das Projekt im längeren Zusammenhang gefährden werde. Er gründete daher schon damals eine Initiative: „Une âme pour l'Europe – a soul for Europe – Europa eine Seele geben.“ Sie wurde und wird getragen von der christlichen Ökumene, vom Islam und vom Judentum und von Freidenker-Vereinigungen. Im gleichen Sinne ist der Arbeitsauftrag zu werten, den Präsident Romano Prodi im Frühjahr 2002 dem Institut für die Wissenschaft vom Menschen in Wien erteilte. Eine Gruppe von hochrangigen, unabhängigen Intellektuellen aus ganz Europa sollte sich mit dem Thema befassen „Was hält Europa zusammen?“. Die Debatten dieser Gruppe liegen gedruckt vor, ihre Ergebnisse haben die Herren Kurt Biedenkopf, Bronislaw Geremek, Krzysztof Michalski und Michel Rocard im Oktober 2004 veröffentlicht.

Aus all den Diskussionen zeigt sich, dass Europa der Säkularisierung müde geworden ist, wie es trefflich der italienische Philosoph und Staatsmann Rocco Buttiglione unlängst formulierte. (Rocco Buttiglione: Wir sind der Säkularisierung satt geworden, in: *Die Presse*, 8. Oktober 2008, Seite 9.) Die Kritik an den Kirchen mag weiterbestehen, aber die Anzahl der Menschen, die an Gott glauben und die Religion für wichtig erachten, steigt. Die Erwartungen der modernen Säkularisierer, immer weniger Menschen würden sich von der Religion „verdummen“ lassen, ist nicht eingetreten. Und so hat der

deutsche Soziologe Jürgen Habermas vor Kurzem die Entwicklung der Diskussion zusammengefasst: „Bisher habe ich aus der Sicht des soziologischen Beobachters die Frage zu beantworten versucht, warum wir weithin säkularisierte Gesellschaften gleichwohl ‚postsäkular‘ nennen können. In diesen Gesellschaften behauptet die Religion eine öffentliche Bedeutung, während die säkularistische Gewissheit, dass die Religion im Zuge einer beschleunigten Modernisierung weltweit verschwinden wird, an Boden verliert“ (Jürgen Habermas, *Die Dialektik der Säkularisierung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2008, Seite 33 ff.). Dass die Säkularisierung nur eine Episode in der europäischen Geschichte sein wird oder die Religion wieder wie in Amerika und in anderen Kontinenten stärker in einer neuen Rolle in den öffentlichen Raum zurückkehrt, ist auch in Europa wahrscheinlicher geworden. Es gibt zwar nach wie vor das Phänomen der Entkirchlichung, aber die Religiosität steigt wieder in Europa. So spricht eine Forschungsgruppe um den Wiener Pastoraltheologen Paul Michael Zulehner von einem Megatrend Respiritualisierung. Er zeigt in seinen publizierten europaweiten Sozialforschungen auf, dass sich gerade in europäischen Großstädten ein anhaltender Anstieg religiöser Parameter zeigt: Gottesglaube, Gebet, Kirchenbesuch. (Siehe dazu den *Religionsmonitor*, herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2008, mit zahlreichen Beiträgen, auch von Paul Zulehner).

### Religion als Wertstifter

Natürlich bedeutet die Gestaltung Europas als postsäkulare Gesellschaft nicht die Rückkehr zu einer neuen Form des Staatskirchentums, nicht zu einer Beschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Weder ein Staat noch die Europäische Union haben eine offizielle Religion. Aber Staaten und die Union kommen

mehr und mehr zur Erkenntnis, dass sie der Religionen und anderer weltanschaulicher Gemeinschaften als Wertestifter bedürfen. Eine neue, vielfältige Partnerschaft zwischen diesen Wertestiftern und den Staaten und der Union wird immer deutlicher. Das Verhältnis von Kirchen und Staat ist ja heute in den Staaten schon durchaus unterschiedlich ausgeprägt. So kann man die Laizität Frankreichs nicht mit der Partnerschaft zwischen Kirche und Staat in Österreich, Irland, Deutschland oder Polen vergleichen. Daher ist es auch umso ärgerlicher gerade für einen Christdemokraten, dass es der Konservative Jacques Chirac war, der das aggressive laizistische Konzept Frankreichs der ganzen Union aufdrängte und eine faire Diskussion über die Rolle der Kirchen in der Union nicht stattfand.

Wenn der kanadische Politikwissenschaftler Charles Taylor meint: „Aber Religion kann auch eine andere Rolle übernehmen, nämlich die Grundlage universaler, ethischer und konstitutioneller Prinzipien zu liefern“, so trifft er damit den Nagel auf den Kopf. Von der religiösen Aushöhlung der Kultur ist Europa auf dem Weg zu neuen Formen der Mobilisierung seines religiösen, christlichen Erbes (Krzysztof Michalski: *Woran glaubt Europa? Religion und politische Kultur im neuen Europa*, Wien 2007).

Im Schlussbericht der von Romano Prodi eingesetzten Studiengruppe vom Oktober 2004 wird das Phänomen der neuen, alten Rolle der Religion beim Zusammenhalt für Europa ausführlich gewürdigt. „Bei der Suche nach Kräften, die zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Entwicklung einer politischen Identität Europas beitragen können, ist die Frage der öffentlichen Rolle europäischer Religionen besonders wichtig. ... Selbst in Europa, wo Modernisierung und Säkularisierung anscheinend Hand in Hand gehen, ist das öffentliche Leben ohne Religion unvorstellbar. Die

gemeinschaftsbildenden Kräfte der europäischen Glaubensgemeinschaften sollten unterstützt und zum Zusammenhalt des neuen Europa genützt werden.“

Alle, die sich mit der Rolle der Religionen zur Begründung einer europäischen Identität befassen, sprechen von den Religionen in der Mehrzahl, denn neben dem Christentum spielen Judentum und Islam eine wichtige Rolle, auch andere Religionen wie Buddhismus und Hinduismus gewinnen an Boden in Europa.

Vor allem der Islam ist von besonderer Bedeutung. Er ist neuerdings auch eine europäische Religion und damit Teil des Dialogs der Religionen im postsäkularen Europa. Der Islam wird an der Herausbildung einer europäischen Identität mitgestalten dürfen und müssen. Wichtig ist dabei der Dialog der Moslems mit den Katholiken. Anknüpfungspunkte sind zwei Dokumente: das Konzilsdokument *Nostra Aetate* fordert Christen und Muslime auf, ihre von Zwistigkeiten und Feindseligkeiten geprägte Vergangenheit beiseitezulassen, sich um gegenseitiges Vertrauen zu bemühen und gemeinsam für den Schutz und die Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht zuletzt des Friedens und der Freiheit für alle Menschen einzustehen. Auf islamischer Seite ist das Dokument *A common word between us and you* zu nennen, eine jordanische Initiative muslimischer Gelehrter für eine solide theologische Grundlegung des Umgangs mit Christen.

Die überragende Rolle des Christentums bei der Wertestiftung wird kaum bestritten. Aufschlussreich die Streitschrift im besten Sinn des Wortes von Joseph Weiler, einem in den USA wirkenden gläubigen Juden: *Ein christliches Europa, mit einem Vorwort von Ernst Wolfgang Böckenförde* (Salzburg 2004). Weiler knüpft

an die Diskussion um den Gottesbezug in der europäischen Verfassung an und tritt als Außenstehender vehement dafür ein. Für ihn kann die europäische Gesellschaft ohne Berücksichtigung der zentralen Rolle des Christentums erst gar nicht verstanden werden. Er verweist auf die drei europäischen Christdemokraten Adenauer, De Gasperi und Schuman, die mit ihrer tiefen katholischen Religiosität Gründungsväter der Vereinigung Europas waren. Die Rolle der Kirche sieht er darin, die Union nicht als europäische Souveränität nach dem Muster der klassischen Staaten zu gestalten, sondern als eine Ordnung in Freiheit, die aus einer vielfältigen Gemeinschaft von anderen gebildet wird.

Damit ist der neuerliche Arbeitsauftrag an die Kirchen umrissen: In einem friedlichen Nebeneinander mit nicht christlichen Gemeinschaften aktiv zur Wertestiftung ohne Alleinvertretungsanspruch und Dogmatisierung beizutragen als besonderer Teil einer europäischen Bürgergesellschaft. Der Arbeitsauftrag betrifft aber auch die Europäische Union, die sich verstärkt der Bedeutung der kirchlichen Arbeit bewusst werden und ihre Arbeit annehmen muss. Die Kirchen und Religionsgesellschaften haben den gewaltigen Vorteil ihrer tausendjährigen Geschichte, ihrer allgegenwärtigen Strukturen, ihres Sitzes im Leben der Menschen und verfügen über Botschaften, die von ihren Mitgliedern geglaubt und daher als richtungweisend angenommen werden.

Es muss gelingen, die Europa prägenden Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in den Dienst der Erarbeitung einer umfassenden politischen Identität des Sonderwegs Europas zu stellen. Christliche Werte werden weiter für die Identität Europas unverzichtbar sein und seine Zukunft mitgestalten.